



Planzeichenlegende

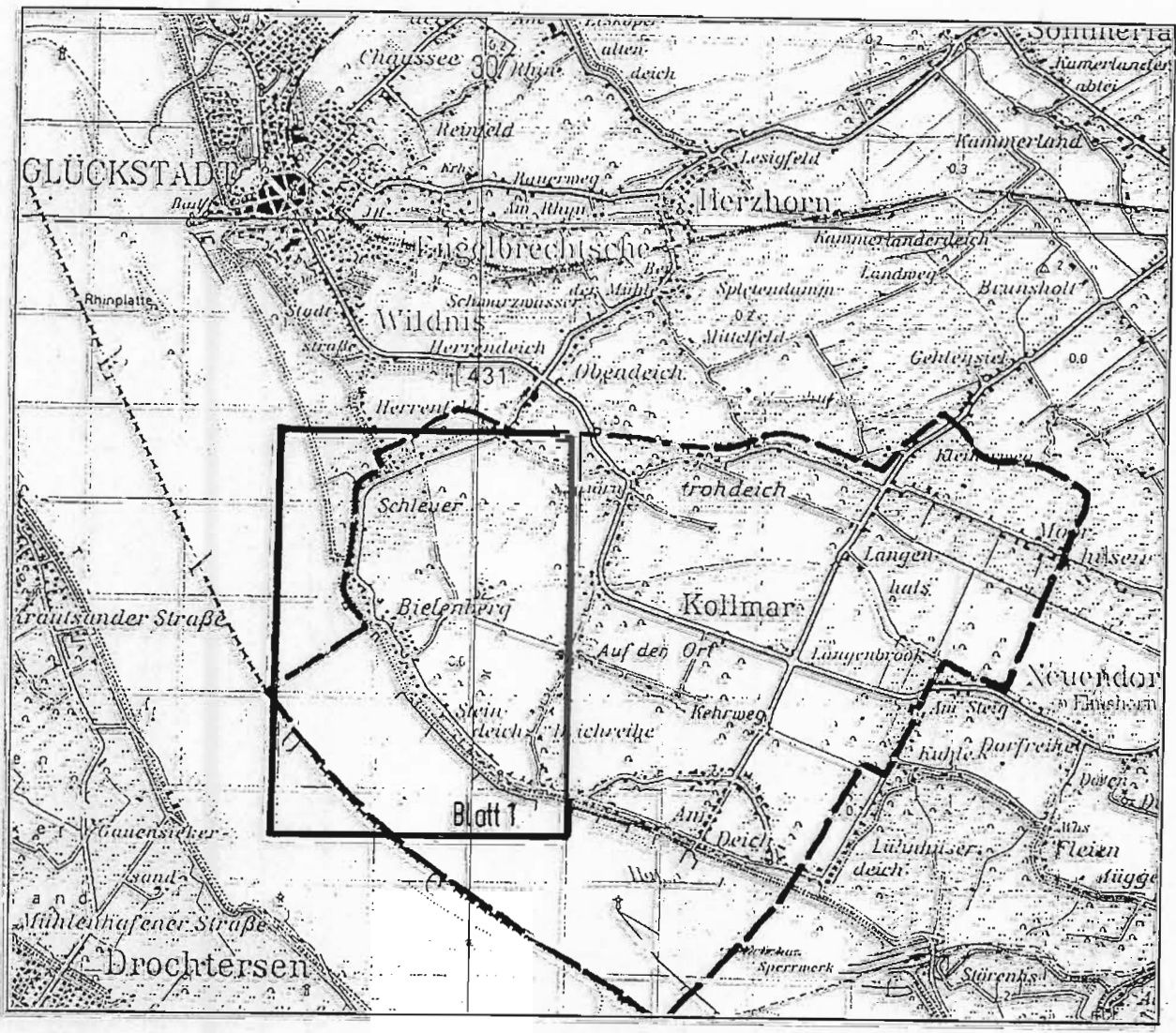
- Wohnbauflächen
 - Gemischte Bauflächen
 - Flächen für den Gemeinbedarf
 - Zweckbestimmung:
 - öffentliche Verwaltungen
 - Schule
 - Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
 - Feuerwehr
 - sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen
 - öffentliche Parkplätze
 - Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen
 - Zweckbestimmung:
 - Abwasser, hier: Klärwerk
 - Schöpfwerk
 - Grünflächen
 - Die Grünflächen sind insgesamt private Grünflächen, mit Ausnahme folgender Zweckbestimmungen:
 - Parkanlage
 - Dauerkleingärten
 - Sportplatz
 - Friedhof
 - Spielplatz
 - Wasserflächen
 - Zweckbestimmung:
 - Hafen
 - Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
 - Zweckbestimmung:
 - Überschwemmungsgebiet
 - Flächen für die Landwirtschaft
 - Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechts
 - Zweckbestimmung:
 - Landschaftsschutzgebiet
 - Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
 - Fläche für ökologische Ausgleichsmaßnahmen
 - Umgrenzung von Gesamtanlagen (Ensembles), die dem Denkmalschutz unterliegen
 - Für bauliche Nutzung vorgesehene Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind
 - Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Flächennutzungsplanes
 - Grenze der Änderungsbereiche der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
 - Kennzeichnung der in der 2. Änderung verwendeten Planzeichen
- Nachrichtliche Übernahmen
- Naturdenkmal Nr. 9, 10, 11 (s. Amtsblatt S-H 1975, Nr. 26a, Seite 799)
 - Gebiet vor- und frühgeschichtlicher Funde
 - örtliche naturgeschichtliche Stätte
 - Ortsdurchfahrtssteine
 - Von der Bebauung freizuhalten gemäß §80 (1) Nr.1 LandeswasserG Deichfreihaltezone
 - Hinweis: Im Bereich der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes besteht kein Bauverbot in der 50 m - Zone, dafür besteht in einer Schutzzone von 10,0 m auf der Landseite des Landschaftsschutzgebietes ein absolutes Verbot jeglicher Bebauung und das Verbot der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern, von Bebauung freizuhalten gemäß § 9 (1) FernstraßenG
 - Geruchsschwellenabstand (VDI - Richtlinie 3471)
 - elektrische Freileitung

Verfahrensvermerke

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 04.02.1991. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Abdruck in der "Norddeutschen Rundschau" am 23.03.1991 und in den "Elmshorner Nachrichten" am 25.03.1991.
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde am 03.04.1991 im Rahmen einer Einwohnerversammlung sowie in der Zeit vom 25.01.1993 bis einschließlich 15.02.1993 durch öffentliche Auslegung des Planentwurfes und des Erläuterungsberichtes durchgeführt.
- Die von der Planung betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden mit dem Schreiben vom 14.05.1998 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Die Gemeindevertretung hat am 29.03.1999 den Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Erläuterungsbericht beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes und der Erläuterungsbericht haben in der Zeit vom 31.05.1999 bis einschließlich 07.07.1999 während folgender Zeiten: montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 11.30 Uhr und donnerstags von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, daß Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am 20.05.1999 in der "Norddeutschen Rundschau" und am 17.05.1999 in den "Elmshorner Nachrichten" ortsüblich bekanntgemacht.
- Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 21.12.1999 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
- Die Gemeindevertretung hat die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes am 21.12.1999 beschlossen und den Erläuterungsbericht durch Beschluß gebilligt.
- Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat mit Bescheid vom 12.05.2000 AZ: IV 64/512.111-61.118 die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Nebenbestimmungen und Hinweis genehmigt.
- Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmungen durch Beschluß vom 27.06.2000 erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom 27.06.2000 bestätigt.
- Die Erteilung der Genehmigung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt wurden am 26.06.2000 ortsüblich bekanntgemacht. In der Bekanntmachung wurde auf die Möglichkeit einer Geltendmachung von Verfahrens- und Formverstößen und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen. Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde mit dem 27.06.2000 wirksam.

Kollmar, den 27.06.00
Bürgermeister

1) gestrichen am 13.06.00
Amt Herzhorn
Im Auftrage
Steenbock



GEMEINDE KOLLMAR
FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

2. ÄNDERUNG
Fassung zum Feststellungsbeschuß.
Genehmigt vom Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein am 12.05.2000

plankontor - Gesellschaft für Stadterneuerung und Planung mbH
Am Born 6 b • 22765 Hamburg • Tel. 040 / 391769 • Fax 040 / 391770
Im Auftrag und im Einvernehmen mit der Gemeinde Kollmar